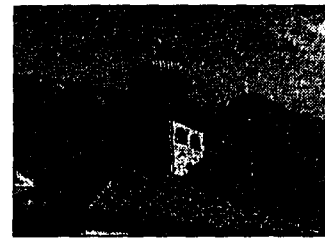


# Volksblatt

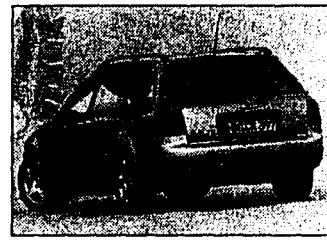
Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 275

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66  
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71  
E-Mail-adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



## GEMEINDEREPORAGE Steg als Depo- niestandort?

In Triesenberg wird eifrig nach einer Lösung für den Standort der neuen Deponie gesucht. **Seiten 8 und 9**



## MOBIL-EXTRA Audi A6 auch als Kombi

Der neue Audi A6 erscheint im nächsten Frühling – nach dem Genfer Autosalon – auch als Avant. **Seite 11**

### TAGESCHAU

#### Radio L-Spiel entschieden

Nach vier Wochen Hochspannung hat am Sonntag ein Spieler aus Rebstein die höchste Punktzahl im 3 Millionen-Punkte-Spiel von Radio L erreicht. Das Echo auf das 3 Millionen-Punkte-Spiel von Radio L war überwältigend. Weit über 500 Hörerinnen und Hörer aus dem Rheintal, dem Vorarlberg und Liechtenstein haben sich per Fax oder Postkarte für eine Spielrunde interessiert. **Seite 2**

#### Entscheidung verschoben

Nur unter bestimmten Voraussetzungen befürwortet die Regierung den Bau eines zweiten Schulzentrums im Unterland. Der Zeitpunkt für die Realisierung sei aber einerseits davon abhängig, wie die künftige Schulstruktur aussehen werde, andererseits aber auch davon, wie sich die Schülerzahlen weiter entwickeln werden. Eine Verzögerungstaktik? **Seite 3**

#### Rund 160 Krippen zu bewundern

Im Triesner Gemeindesaal fand am vergangenen Wochenende die Ausstellung des «Vereins der Krippenfreunde Liechtensteins» statt. Rund 160 Krippen gab es zu bestaunen, der Vielfalt waren keine Grenzen gesetzt. Vom Jesuskindle in miniature bis zu grossen Krippenfiguren aus Holz, Stoff, Ton, Stein etc. war alles zu finden, was das weihnachtliche Herz höher schlagen lässt. **Seite 5**

#### Geschäftsbanken im Visier

Mit der Publikation des ersten Teilberichts hat die Bergier-Kommission einen Tag vor dem Beginn der Londoner Nazigold-Konferenz das Augenmerk auf die Rolle der Schweizer Geschäftsbanken gelenkt. Der Finanzplatz reagierte gelassen auf die gegenüber bisherigen Quellen dreimal höheren Zahlen. **Seite 7**

#### Martin Kaiser Vorarlberger Meister



Mit grossem Erfolg beteiligten sich einige Liechtensteiner am Wochenende an den Vorarlberger Karate- und Kickbox-Meisterschaften in Hard. Überlegend dabei einmal mehr Martin Kaiser (im Bild) der sowohl in der Gewichtsklasse + 84 kg als auch im «Champions-Pokal», an dem sämtliche Kategoriensieger starteten, zu Titelehren kam. Mit Christian Bazdaric sicherte sich in der Kat. bis 75 kg ein weiterer Karateka aus Liechtenstein die Goldmedaille. **Seite 13**

#### Auftakt zum Klimagipfel in Kyoto

Einig in der Warnung vor dem globalen Treibhauseffekt, aber vorerst ohne Durchbruch hat der Weltklimagipfel am gestrigen Montag in der japanischen Stadt Kyoto begonnen. Rund 150 Staaten wollen sich auf der zehntägigen Konferenz auf verbindliche Massnahmen einigen, wie der Ausstoss klimaschädlicher Gase begrenzt werden kann. Während die Staaten der Europäischen Union an ihren weitreichenden Zielen für den Klimaschutz nach dem Jahr 2000 festhielten, zeichnete sich eine Annäherung zwischen den als wesentlich weniger ehrgeizig eingestuften Vorschlägen des Gastgeber Japan und der USA ab. **Seite 15**

## Weg von der Schweiz?

Privatisierung und Restrukturierung des Fernmeldenetzes in Liechtenstein

«Erst mit dieser Restrukturierung wird es möglich werden», erklärt die Regierung in einem Bericht an das Parlament, «alle Chancen auszunutzen, die sich Liechtenstein im Telekommunikationsbereich stellen.» Dem Bericht liegt ein Finanzantrag in Höhe von 15 Mio. Fr. bei, um die neue Struktur in organisatorischer und technischer Hinsicht durchführen zu können.

Die Regierung habe ihrer Planung das ehrgeizige Ziel eines internationalen Zentrums für Telekommunikationsdienste zugrundegelegt. Um das liechtensteinische Fernmeldenetz aus der jetzigen Situation mit nahezu vollständiger Integration in das schweizerische Fernmeldenetz herauszulösen und um seine Eigenständigkeit mittel- und langfristiger sicherzustellen, seien Investitionen

in Höhe des Antrags von 15 Mio. Fr. erforderlich. Für einen souveränen Staat, führt die Regierung in ihrem Antrag weiter aus, bildeten die geplanten Anschaffungen nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern eine Investition in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft des Landes.

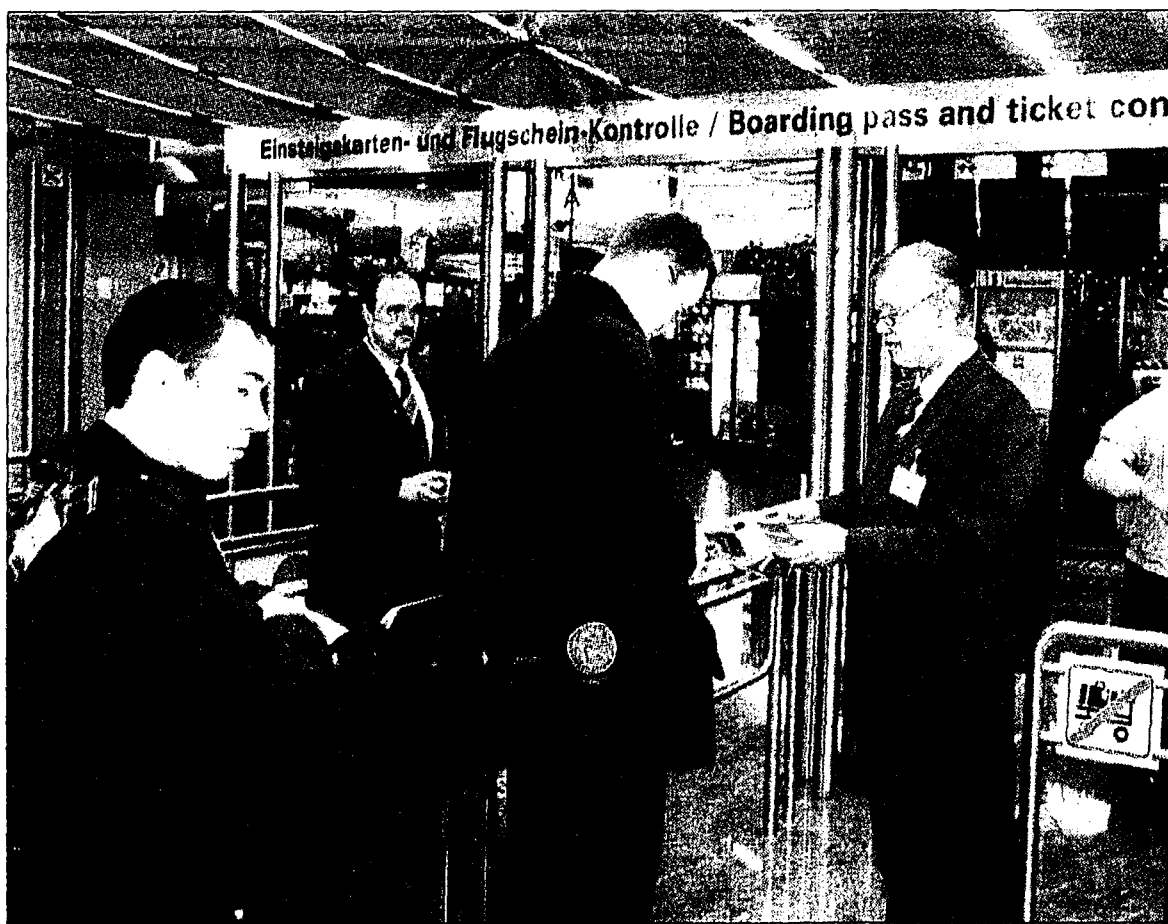
Schon bei der Schaffung des Telekommunikationsgesetzes hatte sich die Regierung gute Chancen ausgerechnet, im Zukunftsmarkt «Informationsgesellschaft» mitmischen zu können. Inzwischen sind die damaligen Zielsetzungen insofern konkretisiert worden, als Liechtenstein nach den Bestrebungen der Regierung zu einem «Standort für die Erbringung von Telekommunikationsdiensten sowohl innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes als auch global» entwickelt werden soll.

Die Neuerungen auf dem Sektor der Telekommunikation in Europa

zwingen Liechtenstein nach Auffassung der Regierung als EWR-Mitglied zum eigenständigen Handeln. Die Abnabelung von der Schweiz, die in den vergangenen 75 Jahren die Post- und Telekommunikationsdienste aufgrund von Staatsverträgen für Liechtenstein besorgte, umschreibt die Regierung in ihrem Grundsatzpapier zur Telekommunikation mit der unverfänglichen Formulierung, die «Exklusivität dieser Verbindung» müsse aus rechtlichen Gründen beendet werden.

Die Partnerschaft mit der Schweiz habe Liechtenstein eine «ausgezeichnete öffentliche Telekommunikationsinfrastruktur» gebracht, wird zwar der Dank an den Nachbarstaat formuliert, doch hält die Regierung ebenso unmissverständlich fest, dass die «Liberalisierung des Telekommunikationsbereiches in Europa» aus wirtschaftlichen Gründen zum raschen Handeln zwingt. Die Vor-

stellung, dass die Betreuung des Telefonnetzes im Sinne der angestrebten Liberalisierung mit der Öffnung des Wettbewerbs einem günstigen Anbieter übertragen werden könnte, erfüllt viele mit Skepsis. Der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt, der bei der Beratung des Grundlagenberichtes über die Zukunft der Telekommunikation in Liechtenstein kritische Fragen an die Regierung stellte, brachte es wohl auf den Punkt: «Da wir bis anhin mit der Schweiz die besten Erfahrungen gemacht haben, bin ich als Treuhänder und Bürger sehr interessiert daran, dass die täglich transportierten vertraulichen Daten auch in Zukunft vertraulich behandelt werden. Als Treuhänder bin ich der Ansicht, dass es undenkbar ist, dass Konzessionen für die Betreuung der Telefonie ausschliesslich an Gesellschaften vergeben werden, welche nicht in Liechtenstein oder der Schweiz ansässig sind.» *Günther Meier*



### SCHENGENER ABKOMMEN

#### Keine Grenzkontrollen mehr

Seit gestern gibt es zwischen Österreich und seinen Partnerländern der Europäischen Gemeinschaft keine Grenzkontrollen mehr. Grund dafür ist das Inkrafttreten des Schengener Abkommens. Das Schengener Abkommen sieht den Abbau der Grenzkontrollen in Europa vor. Seit März 1995 können Reisende die Grenzen zwischen den Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal ohne regelmässige Kontrolle an jeder beliebigen Stelle überschreiten. Seit gestern Montag kommen schrittweise auch Österreich und Italien dazu. Unterzeichnet wurde das Abkommen von allen EU-Staaten ausser Grossbritannien und Irland. Bild: Reisende auf dem Flughafen Wien-Schwechat, welche in EU-Staaten reisen, brauchen nur noch ein Ticket und eine Bordkarte vorzuweisen, jedoch keinen Pass mehr.

## Wirtschaftspolitische Weichen gestellt

Bundesrat sagt Nein zu rascher ökologischer Steuerreform

BERN: Der Bundesrat hat am Montag die Marschrichtung für eine ökologische Steuerreform bestimmt, lehnt aber die entsprechende Initiative der Grünen ab. Er legte die Leitplanken für den neuen Nationalbank-Artikel in der Verfassung fest und gab ein Fusionsgesetz in die Vernehmlassung.

Die Grünen verlangen mit einer im Mai 1996 eingereichten Initiative eine ökologische Steuerreform zur Finanzierung der Sozialwerke und eines auf 62 Jahre gesenkten Rentenalters. Der Bundesrat beschloss nun, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen, denn sie bringt nach seiner Einschätzung weder für die

Senkung der Rentenalters auf 62 Jahre noch für eine Reduktion der heute eingezogenen Lohnprozente genug. Klar machte er auch, dass er von der gleichzeitig eingereichten Initiative der Grünen für ein AHV-Alter 62 nichts hält.

Als Alternative stellt er eine ökologische Steuerreform in Aussicht, welche die geltende, bis 2006 befristete Finanzordnung ablösen soll. Die Grundlagen sollen nächstes Jahr ausgearbeitet und eine Botschaft etwa im Jahr 2000 dem Parlament vorgelegt werden. Zentraler Pfeiler wäre eine Energiesteuer. Die Steuerreform kann nach den Worten von Bundesrat Kaspar Villiger nicht ertragsneutral sein, sondern muss Mehreinnahmen vor-

allem für die Sozialwerke bringen. Vor der Steuerreform soll der Haushalt bis ins Jahr 2001 mit dem Stabilisierungsprogramm 98 ausgeglichen werden. Wie dieses Sparpaket für zwei Milliarden Franken konkret aussieht, will der Bundesrat in der nächsten oder übernächsten Woche aufzeigen.

Festgelegt hat sich der Bundesrat auch in der umstrittenen Frage, wie der Auftrag der Nationalbank neu in die Verfassung geschrieben werden soll.

Nach der nun gewählten Formulierung wird sie verpflichtet, eine Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen, wobei das Ziel der Preisstabilität vorrangig ist.

## Goldaffäre auch in den USA

NEW YORK: Die USA haben laut einem Bericht der «New York Times» Gold von Opfern des Holocausts eingeschmolzen und die Barren nach dem Zweiten Weltkrieg an europäische Zentralbanken geliefert. Aus Schmuck und anderen Wertgegenständen von Nazi-Opfern seien insgesamt 40 Goldbarren geschmiedet worden, berichtete die Zeitung am Montag unter Berufung auf Regierungsdokumente. Die Papiere sollen bei der heute Dienstag beginnenden Konferenz in London vorgestellt werden. Gemäss dem Zeitungsbericht beweisen die Dokumente, dass ein Teil des Goldes, das von den USA den europäischen Staaten übergeben wurde, kein Münzgold war, sondern aus Privatbesitz stammte.